

Pressemitteilung

Montag, 26. Juli 2010

dimap-Umfrage: Staat soll sich aus Banken zurückziehen

Berlin. Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich einen raschen Rückzug des Staates aus dem Bankensektor. So das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). 49 Prozent der 1.000 befragten wahlberechtigten Bürger sind der Meinung, der Staat solle seine Beteiligungen, die er während der Finanzkrise eingegangen ist, wieder an private Anleger zurückgeben. 36 Prozent meinen, der Staat solle langfristig Eigentümer der Banken bleiben.

Laut Umfrage trauen die Bürger dem Staat nicht zu, Banken profitabel zu führen. Nur 26 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, staatliche Banken werden besser geführt als Privatbanken. 48 Prozent hingegen meinen, der Staat sei nicht der bessere Unternehmer.

Das Ergebnis der Umfrage entspricht auch den Erkenntnissen aus der Wissenschaft. Der Finanzmarktexperte, Prof. Dr. Christoph **Kaserer** von der Technischen Universität München, meint: „Empirische Studien belegen, dass Unternehmen und Banken in Staatsbesitz in der Regel auf Grund schwächer ausgeprägter Anreiz- und Kontrollmechanismen eine niedrigere Effektivität und geringere Profitabilität aufweisen als private Banken.“

Kaserer wird an diesem Donnerstag, 29. Juli 2010, 10.00 Uhr, in Berlin die Studie „Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten – Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie“ vorstellen. Hierzu laden wir Sie herzlich ein und bitten Sie, sich unter presseservice@insm.de anzumelden.

Die vollständigen Ergebnisse der dimap-Umfrage finden Sie als Anlage zu dieser Pressemitteilung und im Internet unter www.insm.de

Rückfragen:

Projektleitung: Marco Mendorf, Telefon 030 27 877 179, mendorf@insm.de
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Thomas Bauer, Telefon 030 27 877 174, bauer@insm.de

Ergebnisse

Umfrage dimap im Auftrag der Initiative neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)
Repräsentative Umfrage unter 1.000 wahlberechtigten Bürgern ab 18 Jahre.
Auswertung und Ergebnislieferung am 22.07.

1. Zur Rettung einiger Banken ist der Staat während der Finanzkrise dort zum Eigentümer geworden. Was meinen Sie? Sollte der Staat langfristig Eigentümer dieser Banken bleiben oder sollte er seine Beteiligungen wieder an private Anleger verkaufen?

Staat sollte langfristig Eigentümer der Banken bleiben: 36%

Staat sollte seine Beteiligungen wieder an private Anleger zurückgeben: 49%

Weiß nicht: 13%

Keine Angabe: 2%

2. Es gibt in Deutschland staatliche und private Banken. Was glauben Sie? Werden, ganz generell gesprochen, staatliche Banken besser geführt als Privatbanken oder nicht?

Staatliche Banken werden besser geführt als Privatbanken: 26%

Staatliche Banken werden nicht besser geführt als Privatbanken: 48%

Weiß nicht: 25%

Keine Angabe: 1%

3. Was meinen Sie, versorgen die Banken seit Ausbruch der Krise die deutsche Wirtschaft ausreichend mit Krediten, wie es ihrer Funktion entspricht, oder nicht ausreichend?

Banken versorgen Unternehmen ausreichend mit Krediten: 24%

Banken versorgen Unternehmen nicht ausreichend mit Krediten: 50%

Weiß nicht: 25%

Keine Angabe: 1%

Rückmeldung

**Pressekonferenz
der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
zur Exitstrategie für den Bankensektor**

**Donnerstag, 29. Juli 2010
10.00 Uhr**

**im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz, Raum 0107,
Schiffbauerdamm 40/Ecke Reinhardtstraße 55, 10117 Berlin.**

**Ihre Antwort bitte per Fax an 030 – 339 888 111 oder
per E-Mail an presseservice@insm.de
Vielen Dank!**

Ja, ich komme gerne.

Ja, ich komme und hätte gerne ein Interview mit:

- Prof. Dr. Christoph Kaserer, Inhaber des Lehrstuhls für
Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der Fakultät für
Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität München
- Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft

Bitte senden Sie mir im Anschluss Informationsmaterial zu.

Medium: _____

Name: _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-Mail: _____